

## Bündnis gegen Zwangspröstitution

Arbeitskreis: Auch in Ulm Handlungsbedarf

**Menschenhandel und Zwangspröstitution gibt es auch in Ulm.** Davon ist ein Arbeitskreis überzeugt, der das Thema auf mehreren Ebenen aufgreift. Er sieht Ulm mit der Donaustrategie besonders in der Pflicht.

CHRIN KOLB

**Ulm.** Auf den ersten Blick scheinen

Ulm und Neu-Ulm von Zwangspröstitution kaum betroffen. Es gibt keinen Strafsektor, und Razzien wegen Menschenhandels und Zwangspröstitution wie vor zwei Jahren in einem Haus in Pfull sind eher selten. Dennoch gibt es in der Doppelstadt Frauen, die „ausgebeutet und entrichtet ein erbarmungswidriges Leben führen müssen“, wie es Dr. Dagmar Engels formuliert.

Die vh-Leiterin und SPD-Stadträerin ist Mitglied im überparteilichen Arbeitskreis Menschenhandel und Zwangspröstitution, dem auch das städtische Frauenbüro, der Verein Frauen helfen Frauen, die CDU-Stadträatin Dr. Karin Graf und der frühere Kriminalpolizist Manfried Paulus angehören. Paulus ist ein international bekannter Experte für Menschenhandel und Buchautor zu diesem Thema.

Für ihn steht außer Frage, dass auch in Ulm Frauen vor allem aus den Schwarzmarkländern gegen ihren Willen anschaffen gehen müssen. „Es gibt hochkriminelle Strukturen, die bis nach Ulm führen“, sagt er. Auch wenn Zwangspröstitution nicht offensichtlich sei, sei doch das Dunkelfeld sehr groß. „Ulm ist keine Insel, Ulm hat die selben Probleme wie andere deutschen Städte auch.“

Der Arbeitskreis will gegen Zwangspröstitution vorgehen. Und zwar auf mehreren Ebenen.

**Donaustrategie** In den Donauaktivitäten der Stadt muss Zwangspröstitution und Menschenhandel unbedingt ein Thema sein, davon ist der Arbeitskreis überzeugt. Roma-Frauen und -kinder sind laut Paulus besonders betroffen. Er meint im Blick auch auf das Donaufest: „Man kann nicht nur Folklore tanzen, sondern muss auch die Schattenseiten wahrnehmen.“ Paulus fordert, dass bis zur EU hinauf Geld zur Verfügung gestellt wird, um in den Donauländern die Strukturen zu ändern, die Frauen in die Zwangspröstitution treiben. Ulm komme dabei eine zentrale Rolle zu, meint Karin Graf: „Ulm ist die treibende Kraft in den Donau-

mitungen.“ Der Arbeitskreis hat bereits mit OB Ivo Gönner darüber gesprochen. „Wir sind auf offene Ohren gestoßen“, sagt Graf. Sie wettet es als ersten kleinen Schritt, dass das Thema auch im Rahmenprogramm des Donaufests behandelt wurde.

**Sozialarbeit** Dass Zwangspröstitution im Dunkeln blüht, habe vor allem damit zu tun, dass die Frauen ihre Rechte nicht kennen, isoliert sind, die deutsche Sprache nicht sprechen, eingeschüchtert, bedroht und misshandelt werden. Der Arbeitskreis schlägt deshalb niedergeschwellige Angebote vor, um an die Frauen heranzukommen. Das könnte ein Streetworker sein, der speziell um Prostituierte kümmert. Oder ein Laden oder ein Café als Anlaufstelle, wie es sie mit „La Strada“ in Stuttgart gibt, sagt Dagmar Engels. Stuttgart mache damit gute Erfahrungen, sagt Diana Bayer vom Ulmer Frauenbüro: „Wenn es solche Angebote gibt, tauchen die Frauen plötzlich auf.“ Die Stuttgarter Polizei habe auch einen speziellen Dienst, der sich um Prostitution kümmert und der eng mit den Sozialarbeiter kooperiere, sagt Paulus. „So etwas bewährt sich ungeheuer, ist aber eine Kostenfrage.“

Dr. Dagmar Engels: Auch Prostituierte haben ein Recht auf ein unverzichtbares Leben.  
Foto: SPD



Dr. Karin Graf:  
Das Thema muss ins Pflichtenheft der Donaustrategie. Foto: CDU



Der Arbeitskreis möchte darüber hinaus die Bürger über Zwangspröstitution und Menschenhandel informieren und ein Bewusstsein dafür schaffen, dass auch Ulm betroffen ist. Die Prostituierten seien, ob sie gemeldet sind oder nicht, Bürgerinnen der Stadt, sagt Engels. „Sie haben wie alle anderen ein Recht auf ein unverzichtbares Leben.“

**Information** Der Arbeitskreis möchte darüber hinaus die Bürger über Zwangspröstitution und Menschenhandel informieren und ein Bewusstsein dafür schaffen, dass auch Ulm betroffen ist. Die Prostituierten seien, ob sie gemeldet sind oder nicht, Bürgerinnen der Stadt, sagt Engels. „Sie haben wie alle anderen ein Recht auf ein unverzichtbares Leben.“